



# SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag 2018

# Beschlüsse

## Beschlussübersicht

Kap.	Nr.		Antragsteller
I	1	Es reicht! Herz statt Hetze – kein Fußbreit den Faschist*innen!	Bezirksvorstand
PE	1	Inhaltliche Erneuerung der Partei	UB Kassel-Stadt
PE	3	Unterschied zur Union in Koalition verdeutlichen	UB Waldeck-Fkb.
LR	1	Ländlichen Raum nicht drastisch benachteiligen	UB Hersf.-Rotenb.
LR	2	Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum	AG 60 plus
V	1	Landesstraßennetz bedarf der dringenden Sanierung!	UB Hersf.-Rotenb.
V	2	Erhalt der Anschlussstelle Kassel-Ost	UB Kassel-Stadt
V	3	PKW-Maut	UB Hersf.-Rotenb.
V	4	Maut für Fernverkehrslinienbusse	UB Hersf.-Rotenb.
V	5	Nachrüstung von Dieselfahrzeugen auf Kosten der Autoindustrie	AG 60 plus
V	6	Keine Beteiligung von privaten Investoren am Bau und Betrieb von Autobahnen und Fernstraßen	AG 60 plus
IR	1	Behördengänge digital erledigen	Jusos
IR	2	Abschaffung der Straßenausbaubeiträge	UB Kassel-Land
IR	3	CDU für Straßenbeitragschaos verantwortlich.	UB Hersf.-Rotenb.
IR	4	Feststellung des Katastrophenfalles	UB Waldeck-Fkb.
IR	5	Gegen die Zentralisierung von Leitstellen	UB Waldeck-Fkb.
IR	6	Unisextoiletten im ganzen Landesgebiet	AG SPDqueer
IR	8	Änderung des Artikel 39 Grundgesetz	UB Kassel-Land
IR	9	Reform der parlamentarischen Kontrollkommission	ASJ
IR	10	Konnexitätsprinzip auch für die Bundesebene	UB Hersf.-Rotenb.
IR	12	Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler	UB Kassel-Stadt
IR	13	Sanktionen für den Verstoß gegen die Mietpreislösung	Jusos
IR	14	Gesetzliche Verankerung der Netzneutralität	Jusos
IR	16	Werbeverbot für Tabakaußenwerbung	AG60 plus
SG	3	Versicherungsfremde Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung	AG 60 plus.
SG	5	Finanzsituation der Krankenhäuser	UB Kassel-Stadt
SG	7	Beseitigung von Mangelernährung in der onkologischen Versorgung	ASG
SG	8	Stärkung der häuslichen Therapie	ASG
WBA	2	Staatliche Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen	UB Kassel-Stadt
WBA	3	Fachkräftemangel?! Arbeitsbedingungen verbessern!	Jusos
WBA	4	Mindestlohn auch in Werkstätten für behinderte Menschen	UB Waldeck-Fkb.
WBA	5	Allen in Deutschland lebenden Menschen Arbeit erlauben	UB Waldeck-Fkb.
WBA	6	Ausbildung von Nachwuchskräften für die Agrarverwaltung	UB Waldeck-Fkb.
JBK	2	Multimedia-Kompetenz von Lehrkräften stärken	Jusos
JBK	3	Finanzbildung für alle	Jusos
JBK	4	Schulbücher mit zeitgemäßen Strukturen	AG SPDqueer

EnU	1	Umstellung Landwirtschaftssubvention durch die EU auf Punktesystem	UB Waldeck-Fkb.
EnU	5	Saatgut ist Kulturgut –überlebensnotwendiges Erbe in Gefahr	Jusos
EnU	8	Gewässerschutz	OV Philipp./Warteb.
EnU	9	Mikroplastik	Jusos
EnU	10	Plastikmüll	OV Philipp./Warteb.
EnU	12	Nein zum staatlichen Tierwohllabel	UB Kassel-Stadt
EnU	13	Keine (Wild)tiere im Zirkus	UB Kassel-Stadt Jusos

St	1	Reform der Umsatzsteuer	AG 60 plus
St	2	Reform der Kapitalertragssteuer	AG 60 plus

O	1	Präsenz der Mitgliederstruktur im SPD-Landesvorstand	UB Fulda
O	2	Präsenz der Mitgliederstruktur im SPD-Parteivorstand	UB Fulda
O	4	Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen	UB Kassel-Stadt
O	5	Wir schreiten nicht Seit an Seit mit Nazis	Jusos
O	6	Beschlüsse ernstnehmen	UB Kassel-Stadt

### Kapitel-Abkürzungen

I	Initiativantrag
PE	Parteierneruerung
LR	Ländlicher Raum
V	Verkehrspolitik
IR	Innen- und Rechtspolitik
SG	Soziales und Gesundheit
WBA	Wirtschaft, Beschäftigung und Ausbildung
JBK	Jugend, Bildung, Kultur
EnU	Energie und Umwelt
St	Steuerpolitik
O	Organisationspolitik

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: EnU 13

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt, Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Keine (Wild)tiere im Zirkus!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Wir fordern:
- 2 Ein allgemeines Verbot von Wildtieren in Zirkussen in Deutschland
- 3 Solange dies noch nicht erreicht ist sind Kommunen aufgefordert, keine Auftritte von
- 4 Wildtierzirkussen zulassen.
- 5
- 6
- 7 Begründung:
- 8
- 9 Der Cirkus Krone ist nun 111 Jahre und feiert sein Jubiläum. Stolz ist dieser Zirkus vor allem
- 10 auf die fragwürdigen Darbietungen mit Wildtieren, bei denen zum Beispiel ein Elefant einen
- 11 Kopfstand macht. Doch Tradition rechtfertigt keine Tierquälerei.
- 12
- 13 Der Bundesrat hat im März 2016 bereits zum dritten Mal bestätigt, dass Wildtiere (insbesondere
- 14 Elefanten, Großbären, Nashörner, Flusspferde, Menschenaffen, Giraffen) in einem Zirkus nicht
- 15 tierschutzgerecht gehalten werden können (BR-Drs. 78/16). In dem Entschluss wird fundiert
- 16 dargelegt, dass Wildtiere systemimmanent in reisenden Zirkusbetrieben leiden. So z.B. durch
- 17 die extrem beengte Unterbringung in Transportwagen und provisorischen Gehegen, zum
- 18 anderen durch die fehlenden Rückzugs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem geht von
- 19 den genannten Tieren sowie auch von Raubkatzen (z.B. Löwen oder Tigern) ein hohes
- 20 Gefahrenpotenzial aus. Immer wieder brechen Zirkustiere aus und sorgen für Polizeieinsätze,
- 21 im schlimmsten Fall werden sie zur Gefahr für die Bevölkerung. So z.B. im Juni 2015 als in der
- 22 Stadt Buchen (Baden-Württemberg) ein Elefant einen Passanten zu Tode gedrückt hat.
- 23
- 24 21 europäische Länder, darunter die Niederlande, Österreich und Belgien, haben aus
- 25 Tierschutzgründen bereits das Mitführen von Wildtieren im Zirkus verboten oder eingeschränkt.
- 26 Auch zwei Drittel der Deutschen lehnen Wildtiere wie Elefanten, Giraffen oder Tiger in
- 27 Zirkussen ab, wie eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag von
- 28 „Frontal 21“ (03.03.2015) ergab.
- 29 Bereits über 70 deutsche Städte und Gemeinden, wie z.B. Düsseldorf, Erfurt, Köln, Leipzig,
- 30 Potsdam, Rostock, Saarbrücken, Schwerin, Stuttgart oder Ulm haben bereits vollständige oder
- 31 teilweise kommunale Verbote für Wildtierzirkusse beschlossen und vermieten öffentliche Plätze
- 32 nicht länger an Wildtierzirkusse.
- 33
- 34 Mehrere Gerichtsentscheidungen bestätigen die Rechtmäßigkeit kommunaler Wildtierverbote
- 35 sowie deren Verhältnismäßigkeit gegenüber der Berufsausübungsfreiheit von Zirkussen. Denn
- 36 jede Kommune hat in Deutschland ein Recht auf Selbstverwaltung und dazu gehört ein weiter
- 37 Gestaltungsspielraum bei städtischen Flächen. (vgl. VG München 06.08.2014 Az. M 7 K
- 38 13.2449, VG Darmstadt 17.10.2016 Az. 3L 2280/16, HessVGH 19.10.16. Az. 8 B 2611/16)